

Freytag, Andreas

Article

Globalisierung, Sicherheit und Wirtschaftspolitik

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Freytag, Andreas (2009) : Globalisierung, Sicherheit und Wirtschaftspolitik, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 1861-1559, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 78, Iss. 4, pp. 51-60,
<https://doi.org/10.3790/vjh.78.4.51>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/99578>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Globalisierung, Sicherheit und Wirtschaftspolitik*

von Andreas Freytag

Zusammenfassung: Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise hat die Diskussion um die Wirkungen der Globalisierung und einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung neu entfacht, vielfach herrscht eine große Skepsis über die möglichen negativen Wirkungen der Globalisierung. Derartig motivierte Sorgen können sich durch radikale Kräfte instrumentalisieren lassen und Konflikte beziehungsweise Gewalt entfachen. Auf der anderen Seite kann Globalisierung friedensstiftend wirken, weil der Handel zum gegenseitigen Vorteil aus Fremden Partner macht. Vor diesem Hintergrund untersucht der Aufsatz die Evidenz und gibt einen Überblick über die relevante Literatur. Es zeigt sich, dass zwischenstaatliche Konflikte eindeutig durch internationale Arbeitsteilung reduziert werden. Für Terrorakte kann keine klare Evidenz gesehen werden. Daraus ist die wirtschaftspolitische Schlussfolgerung zu ziehen, die Märkte offen zu halten und die Kenntnisse über die Wirkungsmechanismen in breiten Kreisen der Bevölkerung zu verbessern.

Summary: The current economic crisis has intensified the debate on globalisation. There is a widespread scepticism about it, which can be instrumentalised by extremist groups and thus may lead to violence and terror. On the other hand, globalisation and the international division of labour may well contribute to peace since it raises the opportunity cost of violence, terror and war. The paper investigates the empirical evidence, which is straightforward for international official conflicts: they are reduced by globalisation and trade. With respect to terror, the evidence is less clear: some studies claim a terror enhancing effect of globalisation, some the opposite. Therefore, it seems necessary to improve the knowledge about the effects of international trade, besides keeping markets open to further reduce the potential of international conflict.

1 Einleitung

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise hat die Diskussion um die Wirkungen der Globalisierung und einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung neu entfacht. Insgesamt ist die Wahrnehmung der Globalisierung in der Öffentlichkeit gespalten. Was für viele eine Chance darstellt, die millionenfach genutzt wurde (Norberg 2003) und den Frieden zwischen den Völkern fördert (Hull 1948, Lee and Pyun 2009), wirkt für andere wie eine Bedrohung, die nur durch eine Bündelung der nationalen Kräfte und starke Maßnahmen gegenüber den ausländischen Gefahren reduziert werden kann.

Heute wird erneut die Skepsis vieler Menschen hinsichtlich freien Handels und offener Märkte deutlich. Dieser Skepsis lässt sich auch mit theoretischen Überlegungen und em-

JEL Classifications: D7, F5
Keywords: Terror, conflict, international trade

* Für hilfreiche Kommentare danke ich Leo Wangler und zwei unbekanntem Referees.

pirischer Evidenz, die eindeutig dafür sprechen, dass es keine nachhaltige und allgemein akzeptable Alternative zu einer offenen Gesellschaft geben kann, kaum erfolgreich begegnen. Zu komplex sind die Wirkungsmechanismen, zu groß die Interpretationsspielräume, als dass sämtliche Ursache-Wirkungs-Beziehungen sofort offenbar werden. Hinzu kommen die Verteilungsprobleme, die sich in dynamischen Volkswirtschaften ergeben und die Ängste vor den komplexen Zusammenhängen vertiefen.

Derartig motivierte Sorgen können sich durch radikale Kräfte instrumentalisieren lassen. Ronald Wintrobe (2006) zeigt, auf welche Weise und über welche Mechanismen die Globalisierung dazu beitragen kann, den globalen Terrorismus und Extremismus zu befeuern. Damit stellt er scheinbar die Gegenthese zu Cordell Hull auf, allerdings ist zu bedenken, dass Hull auf Regierungen und diplomatische Beziehungen abstellt, also gerade nicht die extremistischen Kräfte in den Blick nimmt. Die wenigen vorliegenden empirischen Schätzungen dieser Zusammenhänge kommen zu einem positiv vorsichtigen Ergebnis: Weltwirtschaftliche Integration geht negativ mit transnationalen Konflikten und Terrorismus einher. Zu wenig untersucht sind bisher allerdings mögliche Rückkopplungseffekte, so zum Beispiel von der Globalisierung zum Terrorismus, von dort zur Sicherheitspolitik und dann zu den internationalen Handelsbeziehungen zurück.

Insofern ist Globalisierung und die politische Reaktion darauf in der Tat zu einer Sicherheitsfrage geworden, die keineswegs rein akademisch betrachtet werden kann. Dies zeigt sich auch an der vielfach zitierten Aussage von Sir Nicholas Bayne (1999), grenzüberschreitende Kriminalität sei einer der vier „Horsemen of Globalisation“. Der vorliegende Aufsatz dient der Diskussion des Zusammenhangs zwischen der Globalisierung und der Sicherheit, hier definiert als Schutz vor transnationaler Gewalt und Terrorismus, sowie den wirtschaftspolitischen Lehren daraus. Zunächst werden die theoretischen Argumente für und wider Wintrobe's These, dass Terror und Gewalt positiv mit Globalisierung korreliert sind, diskutiert. Anschließend wird die empirische Evidenz gewürdigt, bevor im vierten Kapitel vorläufige und vorsichtige Lehren für die Wirtschaftspolitik gezogen werden.

2 Globalisierung und Sicherheit: Theoretische Argumente

Der frühere US-amerikanische Außenminister Cordell Hull erhielt im Jahre 1945 den Friedensnobelpreis für sein Engagement zur Gründung der Vereinten Nationen. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges stand für Hull fest, dass Integration und (internationaler) Handel friedensstiftend seien:

„From then on, to me, unhampered trade dovetailed with peace; high tariffs, trade barriers and unfair economic competition with war“ (zitiert in Butler 1998: 7).

Die Konsequenz aus dieser Einsicht war die spätere Arbeit an der Gründung der Vereinten Nationen. Cordell Hull war somit der Vorreiter und eine tragende Säule für die Errichtung einer friedlichen Nachkriegsordnung, indem er auf Annäherung und Arbeitsteilung anstatt auf Rache und Demütigung setzte. Insofern hat er einen wesentlichen Beitrag zur Beantwortung der Frage, wie Globalisierung beziehungsweise weltwirtschaftliche Integration, Sicherheit und Wirtschaftspolitik zusammenhängen, geleistet.

2.1 Globalisierung und Wohlstand¹

Wie verläuft das theoretische Argumentationsmuster? Die Intensivierung der weltwirtschaftlichen Integration, das heißt der Verflechtung der Güter- und Kapitalmärkte, hat ihre Ursache darin, dass die politischen und technischen Barrieren für eine effiziente Güter- und Faktorallokation abgebaut werden. Dadurch wird der Wettbewerbsdruck auf die Menschen erhöht, und nicht nur auf diese: Denn neben der Dimension des ökonomischen Wettbewerbs steht diejenige des politischen beziehungsweise institutionellen Wettbewerbs. Regierungen, die sich wirtschaftlich öffnen, setzen sich selber unter Wettbewerbsdruck bezüglich ihres formellen und informellen institutionellen Rahmens. Für die Wirtschaftssubjekte kann sich die Anzahl der Optionen erhöhen. Sie können ausländische Güter und Dienste beziehen, ihr Kapital im Ausland anlegen oder selber wandern.

Es ist sogar denkbar, dass eine einseitige Marktöffnung eines Landes den Druck auf Regierungen anderer Länder, ebenfalls die Märkte zu öffnen, deutlich erhöht. Dies begründet sich damit, dass die Bewohner eines Landes die Wohlstandssteigerung bei den Vorreitern der Liberalisierung im Ausland wahrnehmen und anschließend ihre Regierungen bedrängen, ebenfalls tätig zu werden. Ein Beispiel: Die Abschaffung der Corn Laws und die damit verbundene einseitige Einführung eines Freihandelsregimes in Großbritannien durch Robert Peel im Jahre 1846 stellte das Vereinigte Königreich besser. Dadurch motiviert folgten andere Länder, zum Beispiel Frankreich mit dem Cobden-Chevalier-Treaty zwischen Großbritannien und Frankreich im Jahre 1860. Offenbar kann eine Liberalisierungsvorleistung Druck auf andere erzeugen und sogar Nachahmer finden (Freytag und Sally 2000).

Aus einer solchen – die weltwirtschaftliche Integration befördernde – Verringerung der Barrieren ergeben sich gesamtwirtschaftliche Allokationsvorteile. Ganz allgemein kann festgehalten werden, dass es in statischer Hinsicht zu einer Verbesserung der Allokation kommt, weil die einzelnen Wirtschaftssubjekte ihre Spezialisierung vertiefen. Diese Spezialisierung führt über vergrößerte Märkte dazu, dass von allem mehr (bei gleichem Ressourceneinsatz) oder das Gleiche wie zuvor (mit geringerem Ressourceneinsatz) produziert werden kann. Ebenso fest steht, dass es aus dynamischer Perspektive mittels Innovationen und technischen Fortschritts zu Gewinnen kommt. Die Bewältigung des weltwirtschaftlichen Strukturwandels fällt leichter, wenn sich die Länder öffnen. Offenheit bedeutet einen permanenten Anpassungsdruck, der mit Flexibilität gemeistert werden kann. Das langfristige Wachstumspotential steigt bei Offenheit, und Knappheiten werden besser verringert. Hingegen bedeutet ein Mangel an Offenheit, dass der Strukturwandel eine Weile unterdrückt werden kann, aber eben nur eine Weile. Irgendwann muss die Volkswirtschaft sich anpassen; diese Anpassung wird umso kostspieliger, je länger der Strukturwandel unterdrückt war, wie zahlreiche Beispiele in Mittel- und Osteuropa, aber auch in OECD-Ländern in den 70ern und 80ern zeigen.

Damit die Wachstumsprozesse nachhaltig sind, bedarf es aber eines geeigneten institutionellen Rahmens einschließlich eindeutiger und durchsetzbarer Regeln, die auch gut mit informellen Institutionen abgestimmt sind. Diese Regeln haben sowohl für die Regierung als auch für die Privaten zu gelten, und auch das Netz sozialer Sicherung ist klar zu defi-

¹ Zu dieser Fragestellung existiert eine umfassende und kontroverse Literatur, die hier nicht vorgestellt werden kann und soll. Stellvertretend sei auf Donges et al. (2003) und Norberg (2003) auf der einen sowie Klein (2007) und Martin und Schumann (1996) auf der anderen Seite verwiesen.

nieren. Die Vertiefung der weltwirtschaftlichen Integration bedeutet nicht die Abschaffung des Staates und seiner Organe.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich unmittelbar eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt aufgrund vertiefter weltwirtschaftlicher Integration. Zwar lässt sich a priori nichts darüber aussagen, wie diese Wohlfahrtsgewinne auf die Menschen verteilt werden. Die empirisch untermauerte Vermutung besteht allerdings, dass mit zunehmendem gesamtwirtschaftlichen Wohlstand die Schiefe der Einkommensverteilung eher abnimmt als zunimmt (Norberg 2003). Mit anderen Worten: Der Mittelstand wird gestärkt und damit ein Bürgertum gefördert, das mit Sicherheit eine der wesentlichen Stützen einer offenen Gesellschaft ist (Griswold 2003). Gelingt es nicht, das Bürgertum im Zuge der Globalisierung zu stärken, weil die politischen Voraussetzungen für die Bewältigung des Strukturwandels fehlen, fällt es vermutlich schwer, eine offene und freie Gesellschaft zu etablieren und zu sichern. Insofern besteht hier ein positiver Kreislauf: Gute Institutionen verbessern den Wohlstand; dadurch behaupten sich nachhaltige und wohlstandsfreundliche Institutionen. Viel spricht somit für Cordell Hulls grundlegendes Argument.

Gleichzeitig ist aber zu konstatieren, dass ein intensiver weltwirtschaftlicher Strukturwandel auch Verlierer hinterlässt (so schon Stolper und Samuelson 1941), die mehrheitlich in denjenigen Teilen der Gesellschaft zu finden sind, die relativ schlecht ausgebildet sind und deren Anpassungsfähigkeit auf den Strukturwandel somit relativ gering ist. Diese Probleme können extremistische Gruppen instrumentalisieren, um mit Hilfe von Gewalt ihre Ziele zu verwirklichen versuchen.

2.2 Die Ökonomik der Gewalt

Somit besteht eine Verbindung zu transnationaler Gewalt und Terror. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass Gewalt und Terror Strategien zur Erlangung eines politischen Zieles darstellen, das für sich genommen nicht extrem sein muss, aber in der Wahrnehmung der Akteure geeignet erscheint. Extremistische (gewaltbereite) Politiker und Terroristen handeln genau wie andere Individuen als Nutzenmaximierer unter Budgetrestriktionen. Wenn diese Vorstellung realitätsnah ist, ist die Handlungsweise des Terroristen – wie auch des Krieg führenden Politikers – rational. So analysieren Frey und Luechinger (2002) die Grenznutzen und Grenzkosten terroristischer Aktivität. Ähnlich argumentiert Wintrobe (2003 und 2006: Kapitel 4), wenn er eine Ursache für Terrorismus oder von Staaten ausgehende Gewalt in dem Streben nach Gruppenmitgliedschaft beziehungsweise Solidarität und Anerkennung in einer Gruppe sieht.

Innerhalb seines theoretischen Modells zeigt Wintrobe (2006) auf, wie die Mitglieder der Gruppe ihre Autonomie als selbst bestimmtes Individuum gegen die Solidarität eintauschen; sie übernehmen so eine bestimmte Haltung und werden dadurch steuerbar.² Die Nutzenfunktion eines potentiellen Anhängers der politischen Gruppe mit extremen Methoden (und eventuell auch solchen Zielen) enthalte mit Autonomie und Solidarität zwei alternative Argumente. Zwischen diesen beiden besteht ein Trade-off dergestalt, dass der potentielle Terrorist für zusätzliche Solidarität auf Autonomie verzichten muss und umgekehrt. Der Anhänger wählt dann das optimale Maß an Solidarität, das ihm die Gruppe

² Dies drückt sich sogar in der Bereitschaft zu Selbstmordattentaten aus.

geben kann. Dafür tauscht er Autonomie ein; das heißt, er gibt diese Autonomie auf und wird zum Instrument der Gruppe. Interessant ist die Frage, welche Personenkreise diese Wahl treffen. Es sind vermutlich nicht die vom Leben Begünstigten, sondern Menschen, die besonders unter dem weltwirtschaftlichen Strukturwandel zu leiden haben und die die positiven Wirkungen der Globalisierung nicht wahrnehmen.

Die Bereitschaft, kriegerische Aktivitäten gegen Nachbarländer zu unterstützen, wird von Wintrobe (2006: Kapitel 8) ähnlich erklärt. Indem Politiker extreme Ansichten verbreiten und geschichtliche Ereignisse umdeuten, können sie für bestimmte Situationen (zum Beispiel abnehmenden wirtschaftlichen Wohlstand oder mangelnde Zukunftsperspektiven) Fremde verantwortlich machen. Sie bauen nach Wintrobe „ethnisches Kapital“ auf, das dann dazu genutzt werden kann. Darunter versteht man eine Grundlage der Solidarität, die sich aus der Zugehörigkeit zu einer Ethnie ergibt. Wiederum ist die Tauschbeziehung zwischen Anhängern und Führern der Extremisten zentral. Besonders Diktaturen scheinen für derartige Strategien auch deshalb anfällig zu sein, weil in Demokratien der Wettbewerb der Ideen dem Aufbau ethnischen Kapitals entgegensteht. Dieser Wettbewerb findet in Diktaturen nicht statt.

In Wintrobe's Modell ändern sich die Präferenzen für Solidarität im Prozess, weil die Nutzen der Führer der Gruppe und der Anhänger interdependent sind. Es ist allerdings möglich, dieselbe Situation so zu modellieren, dass die Präferenzen sich nicht ändern, sondern die Nutzenmaximierung von den Opportunitätskosten abhängt (Freytag et al. 2009). Dazu werden die beiden Argumente in der Nutzenfunktion geändert: Wohlstand und die Anerkennung in der Gruppe nehmen den Platz von Autonomie und Solidarität ein. Zwischen diesen beiden Zielen besteht nun der Trade-off. Die Grundaussage ist einfach: Steigt der Wohlstand, so erhöhen sich auch die Opportunitätskosten der Gewalt. Dadurch sinkt die Anzahl der gewaltbereiten Anhänger von politischen Extremisten oder Terroristen und damit – zumindest potentiell – auch die Anzahl der Terrorakte.

Es erscheint somit zunächst völlig rational, dass die führenden Köpfe von Terrorgruppen (wie auch von totalitären Regierungen) kein Interesse an einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung in ihrer Region haben.³ Für sie geht es darum, die Opportunitätskosten des Terrors gering zu halten, also die Menschen in Armut zu belassen, um ein möglichst großes Reservoir an Nachwuchs zu bilden. Die Nachfrage nach Solidarität durch die extremistische Gruppe wird künstlich erhöht.

Diese Überlegungen legen auch nahe, sich nicht ausschließlich auf die Opportunitätskosten der tatsächlichen beziehungsweise potentiellen Terroristen oder Soldaten zu konzentrieren. Zu analysieren sind auch die Opportunitätskosten der Bevölkerung, innerhalb derer sich die Terroristen bewegen. Die Bereitschaft in der Bevölkerung, extreme Positionen und Gewalt zu unterstützen, hängt diesem Modell zufolge von den Aussichten breiter Bevölkerungsschichten auf ein materiell abgesichertes Leben und Perspektiven für die Zukunft ab. Haben die Menschen eine solche Zukunftsperspektive, werden es Extremisten und deren Führungspersonen schwer haben, ethnisches Kapital aufzubauen und auf öffentliches Verständnis oder gar Sympathie zu stoßen. Dann werden Rückzugsmöglichkeiten kleiner; Gewaltaufrufe zum Heiligen Krieg, zum nationalen Widerstand oder dergleichen verhallen weitgehend ungehört.

3 Zur Diskussion der Ziele von Terroristen siehe Tavares (2004) sowie Frey und Luechinger (2002).

2.3 Gewalt und Globalisierung

Die Globalisierung hinterlässt in jedem Land kurzfristig Gewinner und Verlierer und übt starken Druck auf die Faktoranbieter aus. Negativ betroffen sind vornehmlich die weniger gut ausgebildeten und wenig flexiblen Menschen; dies gilt zunächst für Industrieländer, aber auch zunehmend für Entwicklungs- und Schwellenländer. Innerhalb der Gesellschaft kann sich dadurch trotz generell positiver Globalisierungswirkungen eine Schere öffnen, die Gewalt als Strategie wahrscheinlicher macht. Möglicherweise sind sogar Länder vollständig betroffen: Kann sich eine Gesellschaft dem weltwirtschaftlichen Strukturwandel nicht anpassen oder sind die Beharrungskräfte sehr groß, zum Beispiel, weil es an den kernstaatlichen Institutionen mangelt, kann eine ganze Volkswirtschaft zurückfallen. Insbesondere dann, wenn die Teilnahme an der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung sozusagen „verweigert“ wird, wird dieses Land von der weltwirtschaftlichen Entwicklung weitgehend abgekoppelt. Weite Teile Afrikas südlich der Sahara, aber offensichtlich auch Teile der arabischen Halbinsel und Nordafrikas, leiden darunter.

In solchen Ländern wird die Fähigkeit der Gesellschaft reduziert, innere und quasi natürliche Solidarität, das heißt Solidarität, die entsteht, ohne dass man sich auf ethnisches Kapital oder andere gruppenstiftende Merkmale zu berufen hat, bereitzustellen. Die Regierungen sind außerstande, das Auseinanderdriften einzelner Wohlstandsperzentile zu verhindern und den Menschen langfristige Perspektiven und eine gewisse Sicherheit zu geben. Dadurch mag die Globalisierung wie eine Bedrohung für die Menschen wirken, was die Nachfrage nach Solidarität durch andere Akteure und damit das extremistische Potential sicherlich erhöht; diese Nachfrage wird durch das Angebot an Solidarität durch nationalistisch argumentierende staatliche Institutionen oder extremistische Terrorgruppen bedient. Der Regierung selbst oder extremistischen Gruppen mag es leichter als anderswo fallen, Anhänger für gewaltbereite Strategien zu finden. Gleichzeitig senken die weniger guten wirtschaftlichen Aussichten die Opportunitätskosten für Gewalt in diesem Land. Unabhängig davon, ob man mit dem Trade-off zwischen Solidarität und Autonomie oder mit den Opportunitätskosten des Terrors argumentiert, kann Globalisierung als Bedrohung wirken und Gewalt beziehungsweise Terror unterstützen. In Wintrobe's Worten:

„Here, then, in broad rational choice terms, is how McWorld stimulates jihad“ (Wintrobe 2006: 360).

Zu dieser Entwicklung trägt auch die Senkung der Informations- und Kommunikationskosten bei; sie erhöht auch die Möglichkeiten der gewaltbereiten Gruppen.

Die Globalisierung kann den Terror über einen weiteren Kanal befeuern, denn es scheint offenbar im Kalkül bestimmter Top-Terroristen zu liegen, die Ziele der terroristischen Anschläge in reichen Ländern zu suchen, um den Hass weiter zu schüren und die Schuld für die eigene schlechte wirtschaftliche Lage in Ursachen bei den reichen Zielländern auszumachen. Derartige Anschläge in reichen Ländern sind darüber hinaus geeignet, einen (selbsternannten) Feind nachhaltig politisch und wirtschaftlich zu schädigen, abgesehen von immenser medialer Beachtung (Frey 2004: 70).

Auch die Rückkoppelungseffekte durch eine restriktivere Politik sind im Sinne der Terroristen. Zuwanderungen im Zielland werden strenger gehandhabt, verhaftete Verdächtige scheinbar menschenunwürdig behandelt. Außenhandel wird erschwert, Kommunikation

behindert. Derartige nervöse Reaktionen der USA beispielsweise verbunden mit militärischen Gegenmaßnahmen tragen zu einer kritischen Haltung im Herkunftsland der Terroristen gegenüber dem reichen Zielland bei und senken die Opportunitätskosten potentieller Freiwilliger für Gewaltakte.

Nun ist es aber nicht so, dass die Globalisierung nur in diese Richtung wirken kann. Durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage für die breite Masse steigt das Potential für Solidarität in der Bevölkerung wieder an und fällt es sowohl Regierungen als auch Terrorgruppen schwerer, Gewaltbereitschaft zu schüren. Dies ist das theoretische Argument hinter der oben zitierten Erkenntnis von Hull. Ein weiteres kommt hinzu: Über die Opportunitätskosten hinaus spielt möglicherweise eine Rolle, inwieweit die Beteiligten, das heißt die potentiellen Terroristen und deren potentielle Opfer, miteinander in Kontakt stehen. Die Erfahrung suggeriert, dass ein intensiver Kontakt einschließlich arbeitsteiliger Prozesse Vorurteile abzubauen helfen kann. Ein Beispiel ist die sogenannte Wittenberg Declaration von israelischen und jordanischen Entscheidungsträgern, die den Konflikt ihrer Länder um Ressourcen mit Austausch und Handel zum gegenseitigen Vorteil beenden wollen (Amman Center for Peace and Development, The Peres Center for Peace und Wittenberg Center for Global Ethics 2004). Aus einer dumpfen Haltung des „wir gegen die“ wird eine differenziertere Betrachtung, die berücksichtigt, dass der Kontakt mit „denen“ positive Ergebnisse für „uns“ hervorbringen kann (Lochbihler 2004). Auf eine kurze Formel gebracht, lautet die theoretische Botschaft hier: Handel stiftet Wohlfahrt; Autarkie schafft Aggressivität. Eine fehlende Integration eines Landes in die Weltwirtschaft macht die Gewalt für die dort lebenden Menschen attraktiver.

3 Globalisierung und Frieden – Empirische Evidenz

Diese theoretischen Zusammenhänge sind nicht sehr häufig empirisch untersucht worden; es gibt nur wenige Studien.⁴ Die empirische Evidenz ist recht klar für den Zusammenhang zwischen Globalisierung und kriegerischen Auseinandersetzungen, aber nicht so eindeutig für den Zusammenhang zwischen Globalisierung und Terror.

Internationaler Handel ist sowohl mit mehr Wohlstand als auch mit Frieden auf zwischenstaatlicher Ebene verbunden. Das Beispiel der europäischen Integration innerhalb der EU zeigt eindrucksvoll die Rolle der ökonomischen Integration für Frieden zwischen den Nationen. In den Vereinigten Staaten war Cordell Hull durch die gesamte erste Hälfte des 20. Jahrhunderts eine treibende Figur in Richtung offene Märkte. Er wollte eine Nachkriegsordnung schaffen, die gerade nicht von Isolation und Armut – wie von Hans Morgenthau für Deutschland vorgeschlagen – geprägt war, sondern auf Offenheit, gegenseitiges Vertrauen und Regelbindung setzte.⁵ Die Geschichte gibt ihm Recht. Dies zeigen auch die Berechnungen von Mansfield (1994) und von Lee und Puyn (2009).

In seiner Studie zu Macht, Handel und Krieg untersucht Mansfield (1994) unter anderem den Einfluss des Außenhandels auf die kriegerischen Aktivitäten. Dabei zieht er den Zeit-

⁴ Für Übersichten siehe Lee und Puyn (2009) und Freytag et al. (2009).

⁵ Hull begann bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts damit, indem er maßgeblich an der Einführung einer föderalen Einkommensteuer im Jahre 1913 beteiligt war, so dass die Zolleinnahmen als wesentliche Einnahmequelle des Bundes obsolet wurden, was die Anfälligkeit der Vereinigten Staaten für Protektionswünsche verringerte. Es war auch Hull, der den Morgenthau-Plan zur Agrarisierung Deutschlands in der US-Administration derart diskreditierte, dass eine solche Politik keine Realisierungschance besaß. Siehe Hull (1948).

raum von 1855 bis 1964 heran, jeweils in Fünfjahreszeiträumen. Als endogene Variable wählt er die Anzahl der zwischenstaatlichen Kriege mit und ohne Hegemonialmächte, zu den erklärenden Variablen zählen das Handelsregime, definiert als Offenheitsindikator nach Krasner (1976), das globale Handelsvolumen dividiert durch das globale BIP sowie Proxies für politische Institutionen als Kontrollvariablen. Seine Analyse ergibt einen stark signifikanten negativen Zusammenhang zwischen dem globalen Handelsvolumen dividiert durch das BIP und zwischenstaatlichen Konflikten. Der Offenheitsindikator ist negativ, aber nicht signifikant mit Konflikten korreliert. Die Studie leidet allerdings unter einer geringen Anzahl von Beobachtungen (22 Fünfjahreszeiträume) und Endogenitätsproblemen.

Dieses Ergebnis wird durch eine aktuelle Studie mit deutlich verbesserter Methodik von Lee und Puyn (2009) bestätigt. Die Autoren erweitern die Analyse um bilaterale Handelsströme und Konflikte sowie eine Reihe von Kontrollvariablen. Insgesamt untersuchen sie 290 040 paarweise bilaterale Beziehungen zwischen 1950 und 2000 in einer Logit-Schätzung. Um Kausalitätsprobleme auszuschließen, verwenden die Autoren eine IV-Schätzung mit dem Generalized System of Preferences, einer Maßzahl für Abgeschiedenheit der Partner und der Anzahl der Partner als Instrumente für Handelsbeziehungen. Der Einfluss bilateraler Handelsbeziehungen auf bilaterale Konflikte derselben Länder ist strikt negativ, in der Regel signifikant. Abschließend zeigen die Autoren, dass die umgekehrte Beziehung ebenfalls gilt: Konflikte senken den bilateralen, wie auch den globalen Handel, letzteren nicht ganz so stark. Damit zeigen sie, dass es Rückkoppelungseffekte in zwischenstaatlichen Konfliktsituationen gibt.

Ähnliche, aber weniger eindeutige Ergebnisse zeigen die Studien, die sich mit den Determinanten des Terrors befassen.⁶ Dabei sind weniger die Zielländer des Terrorismus als vielmehr ihre Herkunftsländer für die hier zugrunde liegenden Fragestellungen von Bedeutung. Die Daten für diese Frage zu beschaffen, ist sehr kompliziert, da sich oftmals die Herkunft von Attentätern und Terroristen nicht zweifelsfrei ermitteln lässt. Selbst in Bekenner schreiben wird die Gruppe, nicht aber der einzelne Terrorist genannt. Deswegen wird in empirischen Studien angenommen, der Täter stamme aus dem Kernland der Gruppe, die sich zu einem Attentat bekennt. Kurrild-Klitgaard et al. (2006), zeigen in einer Logit-Analyse für die Jahre 1996 bis 2002, dass Länder mit starkem Außenhandel weniger zum Ziel- und Ursprungsland von Terrorismus werden als Länder mit geringem Handel. Blomberg und Hess (2008) unterstützen diese Sicht. Ihre Gravity-Studie zeigt, dass hoher Außenhandel gemessen am BIP signifikant negativ mit Terror korreliert ist.

Freytag et al. (2009) kommen zu einem etwas anderen Ergebnis. Mit Hilfe einer Poisson-Schätzung mit Zähldaten für den Zeitraum 1971 bis 2005 zeigen sie, dass Globalisierung durchaus als Bedrohung angesehen wird, dies aber vor allem in höher entwickelten Ländern (OECD und EU), wo das Stolper-Samuelson-Theorem eher gilt. In Ländern mit überwiegend islamischer Bevölkerung existiert eine negative Korrelation, die im Falle der ölarmen islamischen Länder sogar negativ signifikant ist. Insgesamt konnte aber keine überzeugende Evidenz für die These, dass Globalisierung die Gewaltbereitschaft systematisch erhöht, gefunden werden. Im Gegenteil, es scheint deutliche Belege für die intuitiv einleuchtende positive Beziehung von Globalisierung und Sicherheit zu geben.

⁶ Für eine generelle Literaturübersicht zu den Determinanten des Terrors siehe Krieger und Meierrieks (2008).

4 Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen sind relativ trivial und keineswegs neu. Auch aus sicherheitspolitischer Perspektive spricht vieles dafür, den Prozess der Globalisierung weiter zu verfolgen und ihn – auch in Zeiten der Krise – nicht zu stoppen oder gar zu revidieren.⁷ Auch wenn Regierungen in Krisenzeiten sehr stark dem Druck der organisierten Interessen, bedrohte Industrien zu schützen, ausgesetzt sind, sollte die Evidenz (insbesondere die Rückkoppelungseffekte) den Ausschlag geben und einen Rückfall in längst überwunden geglaubte Zeiten verhindern.

Dies bedeutet nicht, dass Regierungen keine Anstrengungen unternehmen sollten, den Strukturwandel zu begleiten und für diejenigen Menschen erträglich zu gestalten, die besonders hart davon betroffen sind. Intensive weltwirtschaftliche Verflechtung erhöht das Tempo des Strukturwandels und kann damit nicht nur die positiven, sondern auch die negativen Wirkungen entfalten. Die Regierungen nicht nur in den Industrieländern sind damit in der Pflicht, die sozialen Sicherungssysteme an diese Entwicklung anzupassen.

Die vorliegende Evidenz macht zugleich deutlich, dass die Sorgen der Globalisierungskritiker nicht länger durch Ökonomen und andere Spezialisten abgetan werden können, wie dies in der öffentlichen Diskussion regelmäßig geschah (zum Beispiel in Henderson 2001); sie müssen vielmehr ernst genommen werden (so zum Beispiel in Donges et al. 2003), was wiederum bedeutet, die Argumente, die für und gegen die Vertiefung der Integration sprechen, sorgfältig zu diskutieren. Dies ist nicht nur Aufgabe von Spezialisten, sondern eine solche breite Diskussion sollte bereits in die Bildungspolitik einfließen. Eine umfassend gebildete Bevölkerung hat nicht nur ein besseres Verständnis für die Prozesse der Globalisierung, sondern kann auch besser auf die Anforderungen der Globalisierung reagieren.

Literaturverzeichnis

- Amman Center for Peace and Development, The Peres Center for Peace und Wittenberg Center for Global Ethics (2004): Wittenberg Declaration of the 2nd Forum of Economic Co-Operation. Wittenberg.
- Baldwin, Richard und Simon Evenett (Hrsg.) (2009): The Collapse of Global Trade, Murky Protectionism, and the Crisis: Recommendations for the G20. www.voxeu.org/index.php?q=node/3199. Stand: 5. März 2009.
- Bayne, Nicholas (1999): Continuity and Leadership in an Age of Globalisation. In: Michael R. Hodges, John J. Kirton und Joseph P. Daniels (Hrsg.): *The G8's Role in the New Millennium*. Aldershot et al., Ashgate, 21–43.
- Blomberg, S., Brock und Greg D. Hess (2008): The Lexus and the Olive Branch: Globalization, Democratization and Terrorism. In: P. Keefer und N. Loayza (Hrsg.): *Terrorism, Economic Development, and Political Openness*. New York, Cambridge University Press, 116–147.
- Butler, Michael A. (1998): *Cautious Visionary. Cordell Hull and Trade Reform, 1933–1937*. Kent, Ohio und London, The Kent State University Press.

⁷ Eine Diskussion der ökonomischen Probleme eines möglichen protektionistischen Rückfalls findet sich in Baldwin und Evenett (2009).

- Donges, Juergen B., Kai Menzel und Philipp Paulus (2003): *Globalisierungskritik auf dem Prüfstand*. Stuttgart, Lucius & Lucius.
- Frey, Bruno S. (2004): *Dealing with Terrorism – Stick or Carrot?* Cheltenham, Northampton, Edward Elgar.
- Frey, Bruno S. und Simon Luechinger (2002): *Terrorism: Deterrence May Backfire*. *Institute for Empirical Research in Economics*. Working Paper Nr. 136. Universität Zürich.
- Freytag, Andreas, Jens J. Krüger, Daniel Meierrieks und Friedrich Schneider (2009): *The Origins of Terrorism – Cross-Country Estimates on Socio-Economic Determinants of Terrorism*. Jena Economic Research Paper. 2009-09.
- Freytag, Andreas und Razeen Sally (2000): Globalisation and Trade Policy: 1900 and 2000 Compared. *Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie, Globalisierung und Weltwirtschaft*, 19. Tübingen, Mohr Siebeck. 191–222.
- Griswold, Daniel T. (2003): Free Trade Tills the Soil of Democracy. www.cato.org/cgi-bin/scripts/printtech.cgi/research/articles/griswold-030730.html. Stand: 24.09.2004.
- Henderson, David (2001): *Anti-Liberalism 2000. The Rise of New Millennium Collectivism*. IEA Occasional Paper 115. London.
- Hull, Cordell (1948): *The Memoirs of Cordell Hull*. New York, McMillan.
- Klein, Naomi (2007): *Die Schock-Strategie: Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*. Frankfurt a. M., S. Fischer.
- Krasner, Stephen D. (1976): State Power and the Structure of International Trade. *World Politics*, 28, 317–347.
- Krieger, Tim und Daniel Meierrieks (2008): *What Causes Terrorism?* CIE Working Paper. 2008-05. Universität Paderborn.
- Kurrild-Klitgaard, Peter, Justensen, M.K. und R. Klemmensen (2006): The Political Economy of Freedom, Democracy and Transnational Terrorism. *Public Choice*, 128, 289–315.
- Lee, Jong-Wha und Ju Hyun Pyun (2009): *Does Trade Integration Contribute to Peace?* ADB Working paper Series on Regional Economic Integration, 24. Asian Development Bank.
- Lochbihler, Barbara (2004): Menschenrechte schaffen wahre Sicherheit. *Internationale Politik*, 59 (2), 34–40.
- Mansfield, Edward D. (1994): *Power, Trade, and War*. Princeton, NJ, Princeton University Press.
- Martin, Hans-Peter und Harald Schumann (1996): *Die Globalisierungsfalle: Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*. Hamburg, Rowohlt.
- Norberg, Johan (2003): *In Defense of Global Capitalism*. Washington, D.C., The Cato Institute.
- Stolper, Wolfgang F. und Paul A. Samuelson (1941): Protection and Real Wages. *Review of Economic Studies*, 11, 207–224.
- Tavares, Jose (2004): The Open Society Assesses Its Enemies: Shocks, Disasters and Terrorist Attacks. *Journal of Monetary Economics*, 51 (5), 1039–1070.
- Wintrobe, Ronald (2003): *Can Suicide Bombers be Rational?* Mimeo. Universität Western Ontario.
- Wintrobe (2006): *Rational Extremism*. Cambridge, Cambridge University Press.

This article has been cited by:

1. Ekkart Zimmermann. 2011. Globalization and terrorism. *European Journal of Political Economy* 27, S152-S161.
[\[CrossRef\]](#)